

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 45.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 5. November 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonnr. 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Die Kritik der Versicherungsordnung.

II.

Nach einige Worte zu dem Einwand der Verteuerung und Bureaukratisierung des Rentenfestsetzungsverfahrens. Wie soll denn das Recht des Versicherungsamtes gestaltet werden?

Es soll nach Entgegennahme der Unfallanzeige den Unfall untersuchen und die Ansprüche des Verletzten prüfen, genau wie es heute die Genossenschaft tut. Dann sagt es der Genossenschaft unter Übersendung der Akten, ob und wie hoch sie nach Ermessen des Versicherungsamtes den Unfall zu entschädigen habe. Die Berufsgenossenschaft erteilt dann, wie bisher, den berufungsfähigen Bescheid an den Rentenbewerber; will sie dabei von dem Vorschlage des Versicherungsamtes abweichen, dann muß sie die Gründe dafür angeben nebst dem Vorschlage des Versicherungsamtes. Die Genossenschaft behält somit das bisherige instanzielle Entscheidungsrecht — nur soll das instanzielle Entscheidungsrecht der Genossenschaft bei einer evtl. Neufestsetzung der Rente nach der ersten definitiven Festsetzung ganz beseitigt werden, was bisher erst nach Verlauf von fünf Jahren nach der ersten rechtskräftigen Rentenfestsetzung geschah —; es wird dem Versicherungsamt, zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Arbeitern zu gleichen Teilen, unter Vorsitz eines Beamten, nur die Vorbereitung des Rentenbescheides und ein Vorschlagsrecht übertragen. Wahrlich kein zu großer Eingriff in die Ausnahmerechte der Genossenschaften und Versicherungsanstalten; denn auch für die Invalidenrenten-Anträge usw. gilt das dargelegte. Die Kosten der Prüfung der Rentenansprüche werden durch dieses Verfahren somit doch nicht größer! Oder aber die Genossenschaften setzen voraus, daß die Prüfung der Rentenansprüche durch eine objektive Behörde nicht so unparteiisch geschehen würde, wie durch sie selbst als Partei, so daß sie, wie bisher, die Anträge der Rentenbewerber prüfen müßten, was doppelte Kosten erheischte. In demselben Augenblicke aber verlangen sie von den Arbeitern, daß sie der Objektivität einer Partei mehr Vertrauen entgegenbringen sollen, als sie selbst (die Genossenschaften) einer unparteiischen Instanz. Das wäre, in der Tat ein merkwürdiges Verlangen. Und warum soll eine aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzte Behörde bürokratischer verfahren als die einseitig aus Arbeitgebern zusammengesetzte Instanz? Und wieso, fragen wir weiter, soll das Rentenverfahren verlangsamt werden? Allzu große Schnelligkeit zeigten hierin die Genossenschaften doch bisher auch nicht. Darüber könnte man ganze Bände schreiben. Wenn die Genossenschaften in die Objektivität des Verfahrens der Versicherungsämter und deren Rentenentscheidungen das gleiche Vertrauen setzen, was sie von den Rentenbewerbern in ihren eigenen Parteiobjektivität erwarten, dann können sie sich ja schleunigst dem Rentenentscheidungsamt des Versicherungsamtes anschließen und in der nächsten Genossenschaftssitzung einen dementsprechend berufungsfähigen Rentenbescheid erteilen. Wir sind überzeugt, daß diese dann weniger Anfechtungen durch den Verletzten erfahren, weil er weiß, daß eine wirklich objektive Behörde den Rentenentscheidungsamt gemacht hat, in welcher keine Vertrauensmänner mitwirken. Der Verletzte kommt dann auch so viel schneller zur Ruhe, was einer schnelleren Besserung seines Zustandes nur förderlich sein könnte; das liegt doch im materiellen Interesse der Genossenschaften.

Wenn mit der vorgeseheneu Regelung des Rentenfestsetzungsverfahrens die Arbeiter nicht zufrieden sind, dann ist das eher zu verstehen. Denn auch bei den für die Versicherungsämter vorgeseheneu Kompetenzen sind sie gegenüber den Berechtigten im übrigen bürgerlichen Leben noch immer im Nachteil. Vom christlichen Gewerkschaftskongress sind denn auch eine Anzahl Verbesserungsvorschläge in den angekommenen Leitfäden gemacht worden, die die Objektivität des Verfahrens im weiteren Umfange sichern wollen. Aber an dieser Stelle darauf einzugehen, verbietet uns der Raum.

Von arbeiterfreundlichen, mit dem Versicherungswesen vertrauten Persönlichkeiten ist der Vorschlag gemacht worden, den Versicherungsämtern nur die Aufgaben im Rentenfestsetzungsverfahren zu übertragen, wie sie heute die Polizeidirektionen usw. besitzen, die den Versicherungsträgern gewissenhaft nur als Handlanger zu dienen haben. Den Versicherungsträgern (Genossenschaften und Versicherungsanstalten) sollte die Vorbereitung der Renten-Entscheidungen im obigen Umfange belassen bleiben; die Entscheidung selbst über die Ansprüche der Rentenbewerber sollte hingegen einem paritätischen Entscheidungsausschuß der Berufsgenossenschaft vorbehalten bleiben. Auf diese Weise verschaffe man den Vertretern der Versicherten von vornherein ein Entscheidungsrecht.

Ein paritätischer Entscheidungsausschuß ließe sich aber nur dadurch erzielen, wenn den zu gleichen Teilen ver-

tretenen Arbeitgebern und Versicherten eine unparteiische Persönlichkeit als Vorsitzender beigegeben würde, der bei Stimmgleichheit den Ausschlag zu geben hätte. Sollte der unparteiische Vorsitzende nicht wieder ein Beamter sein, dann doch eine den beiden Teilen fernstehende Persönlichkeit im Ehrenamte. Ob deren aber genug zu finden wären, da doch ihre Auswahl sehr beschränkt wäre, ist doch billig zu bezweifeln. Der Rentenbewerber bliebe bei dieser Regelung gegenüber dem Versicherungsträger aber immer deshalb im Nachteil, weil letzterer die Entscheidungen des Entscheidungsausschusses dadurch beeinflussen kann, daß er selbst die Unterlagen zur Rentenfestsetzung beschafft. Was aber zu bedeuten hat, haben wir bereits dargelegt. Das Wichtigste in der besprochenen Reformfrage ist unseres Erachtens eben die Beschaffung des Materials für die Rentenfestsetzung durch eine unparteiische Instanz, bei der die Einwände des Verletzten gebührende Beachtung finden.

b) Die Reichsteilung in den Krankenkassen.

Interessant ist in dieser Frage die Stellung des Unternehmertums. Während die industriellen Körperschaften, die vornehmlich von den Großindustriellen beherrscht werden, sich für die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechtes in den Organen der Krankenkassen ausgesprochen haben, sind die kleinen Unternehmer zum großen Teile aus den verschiedensten Gründen dagegen. Ein Teil sagt mit Recht, die Halbierung würde uns die Bureaukratie in der Verwaltung der Kassen auf den Hals laden. Denn über den Vorsitzenden würde sich, wenn Unternehmer und Versicherte in den Organen der Kassen gleich stark wären, selten eine Einigung erzielen lassen; dann aber käme der von der Behörde ernannte Vorsitzende. Innungsmeister haben nun den naiven Vorschlag gemacht, sie würden die Halbierung schließlich annehmen, wenn der Vorsitzende unter allen Umständen ein Arbeitgeber wäre. Das würde den Unternehmern die Majorität in den Kassen sichern, trotzdem sie nur die Hälfte der Beiträge leisten; denn eine ungrade Zahl müßten Vorstand und Ausschuß der Kasse bei der Halbierung doch haben, damit bei Stimmgleichheit der Ausschlag gegeben werden könnte. Der Ausschlaggebende wäre dann der Arbeitgebervorsitzende. Einen solch lächerlichen Vorschlag können wirklich nur Innungsmeister machen, deren Gesichtskreis leider vielfach nicht weiter geht wie ihre Nasenspitze. Ein kleiner Teil der Arbeitgeber stellt sich auf den vernünftigen Standpunkt, gerade die Krankenkassen bedürften, sollten sie bei möglichst niedrigen Beiträgen die größtmöglichen Leistungen innerhalb des gesetzlichen Rahmens gewährleisten, der freudigsten Initiative (Tatkraft) der Versicherten. Brächten diese, wie bisher 2/3 der Beiträge auf, dann würden sie auch weiterhin hausälterlich wirtschaften, zumal ihnen ja die Verantwortung zustehe bei 1/3 Majorität. Das läge aber sowohl in idellen wie materiellen Interesse der Unternehmer. Diese Unternehmergruppe stellt sich also auf den Standpunkt ihrer Standesgenossen, die im Oktober vorigen Jahres im Reichsamt des Innern über die Versicherungsordnung gehört worden sind. Die Mißbräuche der Krankenkassen zu politischen Zwecken, wie sie auf Seiten der Sozialdemokratie unstrittig zu verzeichnen sind, ließen sich, meint letztere Unternehmergruppe, auch auf anderem Wege beseitigen. Ganz recht, die Versicherungsordnung zeigt ja auch diese Wege. Auf dem Kölner christlichen Gewerkschaftskongress sind sie in das Licht der Öffentlichkeit gerückt worden. Nichtsdestoweniger aber will, wie es heißt, der Bundesrat an der Halbierung der Beiträge und des Stimmrechtes festhalten. Damit würde er die Anschauung einiger Bestimmungen bestärken, es liege ihm nicht mehr allzuviel an dem Zustandekommen der Versicherungsordnung. Mit der Halbierung wolle er selbst dem Versicherungsschifflein eine nicht zu umschiffende Klippe in das Fahrwasser setzen, an dem es dann zerbrechen werde. Die Regierung habe aber durch ihre Vorlage die Ankündigung des Grafen v. Posadowsky als seinerzeitigen Staatssekretär erfüllt und könne ihre Hände in Unschuld waschen. Sie würde dann einige Flickarbeiten an den bestehenden Versicherungsgesetzen vornehmen und die Hinterbliebenenversicherung in das bestehende Invalidenversicherungsgesetz hineinarkettieren lassen. Das, wie gesagt, flüstert man sich heute schon zu. Der Bundesrat würde, das wissen wir bestimmt, gewissen linkspartheilichen Elementen damit einen Gefallen erweisen — Elementen, die zwar nicht für die Halbierung sich auszusprechen den Mut haben, mit der Versicherungsordnung aber nicht einverstanden sind, vielmehr erst eine Reform der bestehenden Versicherungsgesetze, vor allem Krankenkassengesetzes, in ihrem Sinne wünschen.

Die Meinung der Arbeiterchaft ist bekannt. Legt die Regierung Gewicht auf ihre Stimme, dann weiß sie, was sie zu tun hat. Wenn nicht, dann mag sie die Folgen tragen.

Finanzreform und Volkswirtschaft.

III.

Die Frage, ob die Schuldenlast eines Landes und die der Bevölkerung zugemutete Steuerbelastung besonders hoch ist, kann nur gemessen werden an dem Stand der Volkswirtschaft und dem Wohlstand des Landes selbst. Eine genaue, zuverlässige systematische Statistik über den Volkswohlstand gibt es bis jetzt bei uns in Deutschland nicht. In dessen gibt es doch eine Menge Kennzeichen für den Stand des Volkswohlstandes und auch Anhaltspunkte, an denen derselbe gemessen werden kann. Der Reichtum eines Landes und der Wohlstand der Bevölkerung ist von den verschiedensten Momenten abhängig. In erster Linie von den natürlichen Reichtümern des Landes selbst. Als solche sind zu verzeichnen die Mineralien, Kohlen, Eisen, Salze usw., ferner die Fruchtbarkeit und Ergiebigkeit des Bodens, Acker, Wiesen, Waldungen, Fischreichtum. Dazu kommen die natürlichen Hilfsquellen, die ein Land besitzt: Wasserkräfte, Wasserstraßen, geographische Lage etc. Die Ausnutzung dieser natürlichen Reichtümer eines Landes hängt wiederum ab von der Zahl der Bevölkerung, ihrem Bildungsstand, ihrer Arbeitstüchtigkeit und Arbeitsfähigkeit. In dem Maße, wie ein Volk diese seine Wohlstandsfräfte ausnützt, steigt sein Reichtum und seine Lebenshaltung. Der Reichtum des Landes äußert sich in der Kapital- und Vermögensansammlung, in der Höhe des Einkommens, der Kaufpreis des Geldes und der Konsummöglichkeit. Deutschland kann im allgemeinen als ein Land bezeichnet werden, das über gute natürliche Wohlstandsquellen verfügt, wenn wir auch nicht in der Reihenfolge der Kulturvölker hier an erster Stelle stehen. Ein Zeichen dafür ist die stetig wachsende Bevölkerung.

Im heutigen Reichsgebiete betrug die Zahl der Bevölkerung: 1870: 40,8; 1885: 46,2; 1895: 52,2; 1905: 60,4; 1907: 63,1 Millionen.

Wir müssen also gegenwärtig in Deutschland auf der gleichen Grundfläche zirka 23 Millionen Menschen mehr Brot und Arbeit schaffen wie 1870. Unter gleichbleibenden Verhältnissen wäre das eine Unmöglichkeit, es sei denn, daß die Lebenshaltung des einzelnen Bewohners um den prozentualen Anteil der Volksvermehrung gesunken oder daß die überschüssige Bevölkerung abgewandert wäre. Allein die Tatsache, daß beides nicht zutrifft, daß vielmehr die Lebenshaltung nicht gefallen, sondern eher gestiegen ist, wie wir später noch sehen werden, und daß die Auswanderungen erheblich zurückgegangen sind, beweist den steigenden Wohlstand des Landes. Deutschland ist nicht nur in der Lage, seine eigene Bevölkerung in Brot und Arbeit zu halten, sondern, wie bekannt ist, finden Hunderttausende Ausländer in unserer Industrie noch ohnedem Brot und Arbeit. Dies ist uns nur möglich durch die Steigerung der industriellen und gewerblichen Tätigkeit. Nach der letzten Berufszählung vom Jahre 1907 verteilt sich die Bevölkerung Deutschlands auf die verschiedenen Berufsabteilungen folgendermaßen:

Die deutsche Bevölkerung nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen.	Berufszugehörige			
	1871	1882	1895	1907
A. Landwirtschaft, Gärtnerei u. Tierzucht, Forstwirtschaft.	18,65 Mill. = 47,3%	19,22 Mill. = 42,5%	18,50 Mill. = 35,7%	17,63 Mill. = 29,6%
B. Industrie einchl. Bergbau und Baugewerbe.	12,92 Mill. = 32,5%	16,05 Mill. = 35,5%	20,25 Mill. = 39,1%	26,33 Mill. = 42,8%
C. Handel u. Verkehr einchl. Gast- u. Schankgewerbe.	3,55 Mill. = 9%	4,53 Mill. = 10,2%	5,96 Mill. = 11,5%	8,23 Mill. = 13,4%
D. F. Hausl. Dienste, Lohnarbeit; Militäre- u. f. w. Dienst; freie Berufe; ohne Berufe.	4,27 Mill. = 10,9%	5,40 Mill. = 11,9%	7,04 Mill. = 13,9%	9,37 Mill. = 15,2%

Diese Tabelle gibt ein Spiegelbild von der gewerblichen Entwicklung unseres Vaterlandes. Noch im Jahre 1871 betrug der Anteil der landbautreibenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung 47,3%, heute beträgt sie 29,6%. Das ist ein relativer Rückgang von rund 20% und ein absoluter Rückgang um rund eine Million. Hier sei eingeklamert, daß schon aus diesen Ziffern die günstige Entwicklung unserer Volkswirtschaft hervorgeht; unter gleichbleibenden Verhältnissen müßte die Ertragsfähigkeit des deutschen Grund und Bodens eher zurück, als vorwärts gegangen sein, da ja, wie gesagt, die ländliche Bevölkerung um rund eine Million abgenommen hat. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Wir verweisen auf den ersten Artikel: „Finanzreform und Volkswirtschaft“ in Nr. 43 „des Holzarbeiter“ wo wir an Hand eines Artikels des „Vorwärts“ die gesteigerte Produktivität der Landwirtschaft nachgewiesen haben. Sie äußert sich in der folgenden Aufstellung, die wir wiederholen.

Vom Getreide wurden geerntet Doppelzentner:

	1881/83	1894/96	1906
Weggen	9,87	11,67	15,78
Weizen	12,50	15,10	20,35
Wintergetreide	11,93	11,10	14,31
Sommergetreide	12,90	14,33	18,27

	1881/83	1894/96	1906
Kartoffeln	81,00	98,37	130,03
Faser	10,63	12,97	19,97
Wiesenheu	20,20	33,77	48,28

In ganz enormer Weise ist gegenüber der ländlichen Bevölkerung der Anteil der gewerblichen Bevölkerung gestiegen. Sie betrug 1871 32,8%, 1907 42,8% allein in der Industrie, im Bergbau und im Baugewerbe. Auch die anderen Berufsabteilungen, Handel und Verkehr, häuslicher Dienst und freie Berufe, haben eine ähnliche Steigerung zu verzeichnen. Damit ist schon der Hinweis gegeben, daß wir die Tatsache des Volkswohlstandes vornehmlich in dem Erfolge der gewerblichen Tätigkeit suchen müssen. Die Gewerbebeziehung von 1907 zeigt folgende Steigerung der in gewerblichen Betrieben tätigen Personen:

	1882	1895	1907
	7340789	10269269	14348389

Es ist also nahezu eine Verdoppelung der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen eingetreten. Einzelne Industriezweige haben eine erheblich größere Steigerung. Seht man die Zahlen der beschäftigten Personen der nachfolgenden Industriezweige für das Jahr 1885 gleich 100, so ergibt sich folgende Steigerung:

	1885	1894/96	1904/06
Berg- und Hüttenfach	100	146	251
Industrie der Steine und Erden	100	227	318
Chemische Industrie	100	164	269
Holz- und Schnitzstoffe	100	212	366
Rüstinstrumente	100	197	344
Papierwaren und -Erzeugung	100	156	220
Leber und Lederwaren	100	157	219
Industrie d. Nahrungs- u. Genussmittel	100	121	129
Bekleidungs- und Häufelindustrie	100	169	325

Wenn man den Produktionssektor dieser steigenden Bevölkerung vollständig erfassen will, so muß man gleichzeitig in Rechnung ziehen, daß die technischen Hilfsmittel in dem gleichen Zeitraum ganz ungeheuerlich gestiegen sind. Die Vermehrung der maschinellen Kräfte, die Verbesserung der Maschinen, die Verbesserung des Verkehrs steigern die Leistungsfähigkeit pro Kopf der gewerblichen Bevölkerung außerordentlich. Es sei nur auf eine Tatsache hingewiesen. Im Jahre 1895 waren in Deutschland Dampfmaschinen in Tätigkeit mit einer Leistungsfähigkeit von 2209 500 Pferdekraften. Die Zahl von 1907 zeigt eine Steigerung dieser Ziffer auf 5 046 382, das ist innerhalb 12 Jahren eine Vermehrung um mehr als das Doppelte. Noch schärfer tritt diese Steigerung hervor, wenn man die Ziffer von Preußen allein vergleicht, welches bekanntlich das industriereichste Land in Deutschland ist. In Preußen betrug die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen

	1878	1895	1907
	887786	1836142	3510493 PS

In gesamten deutschen Reiche steigerte sich die Dampfmaschinenkraft seit 1895 um 128%.

Zeigen schon diese Ziffern die enorme Entwicklung der gewerblichen Kräfte in Deutschland, so sind sie doch nicht vollständig. Hinzu kommen die natürlichen Triebkräfte, wie die geologischen, die Elektrizität und die Wasserkräfte. Die Zahl der großindustriell ausgenutzten Wasserkräfte betrug im Jahre 1906: 490 100 Pferdekraften. Die Groß-Kraft-Wassermotoren, wie sie seit einigen Jahren, besonders mittels Verwendung des Hochjens- und Hüttenjens, seitens der Hüttenwerke in riesigen Dimensionen gebaut werden, wiesen 1906 416 000 Pferdekraften auf und dürften seit der Zeit noch wesentlich vermehrt sein. Also alles in allem: eine ganz überwiegende Steigerung sowohl der menschlichen wie mechanischen Kräfte in der Volkswirtschaft.

Mit der Steigerung der Produktionskräfte ist naturgemäß eine Steigerung der Produktionsmenge und Werte verbunden. Dies tritt ganz besonders im Bergbau und in der Eisenindustrie zutage, welche man mit Recht als das Rückgrat unserer Industrie bezeichnen darf. Der deutsche Bergbau vermehrt seine Produktion nach der amtlichen Denkschrift (berechnet in 1000 Tonnen) wie folgt:

	1887	1906	+ in %
Eisenstein	60334	137118	127,3
Braunstein	15899	56420	254,9
Erzstein	405	1235	204,7
Kupfererz	1060	5542	413,1
Zinnober	9351	26735	185,9
Zinn	901	705	-21,8
Wolfram	158	141	-10,8
Kupfererz	568	768	51,2
Es. aller Bergwerke	88873	229146	157,8
Summe aller Erze	783	1350	72,4

Die Kohlenproduktion liegt nach dem statistischen Jahrbuch für 1909:

	1885	1900	1907
Zahl der in Betrieb befindlichen Hochofen	229	274	333
Zahl der beschäftigten Arbeiter	22768	31748	45261
Schmelzleistung an Roheisen (in 1000 Tonnen)	3667,4	8590,5	12875,2
Wert der Schmelzleistung (in 1000 Mark)	160947	551146	824377

Einen Rückschlag auf die Auswärtsentwicklung des Bergbaues gewährt der Vergleich der oben genannten Industriezweige bezüglich der Erzeugung und des Verbrauchs pro Kopf der Bevölkerung. Er ergibt folgendes Bild:

	1889		1906	
	in 1000 t	pro Kopf in t	in 1000 t	pro Kopf in t
Eisenstein	63 622,0	1,239	126 183,0	2,066
Braunstein	23 267,0	0,476	61 635,0	1,058
Kupfererz	4 722,0	—	12 120,0	0,198
Kupfer	46,7	0,001	151,1	0,002
Zinn	77,3	0,001	194,9	0,003
Zinn	53,8	0,001	179,3	0,003

Die Steigerung der Produktionskräfte und Produktionsmengen kommt auch in der Handelsbilanz zum Ausdruck. Wir müssen mit unseren überflüssigen Industrieprodukten auf den Weltmarkt und treiben infolgedessen in steigendem Maße Welthandel. Es kommt dies zum Ausdruck in der Statistik des Außenhandels. Derselbe zeigt folgende enorme Steigerung:

Entwicklung des Außenhandels.

	Einfuhr			
	1882	1907	Zunahme gegen 1882 absolut in %	
	Wert in Millionen Mark			
1. Rohstoffe u. Halbfabrikate für industrielle Zwecke	1 478,0	4 434,9	2 956,9	200,1
2. Fabrikate	572,0	1 882,3	1 310,3	229,1
3. Nahrungs- u. Genussmittel und Vieh	1 048,4	2 429,5	1 381,1	131,7
Zusammen	3 098,4	8 746,7	5 648,3	182,3

	Ausfuhr			
	1882	1907	Zunahme gegen 1882 absolut in %	
	Wert in Millionen Mark			
1. Rohstoffe u. Halbfabrikate für industrielle Zwecke	845,0	1 499,7	654,7	77,5
2. Fabrikate	1 699,4	4 808,9	3 109,5	183,0
3. Nahrungs- u. Genussmittel und Vieh	679,7	542,3	-137,4	-20,2
Zusammen	3 224,1	6 850,9	3 626,8	112,5

Diese Zahlen zeigen ein rasches Aufsteigen des gesamten deutschen Handels mit dem Auslande. Die Tatsache, daß die Einfuhr stärker gewachsen ist als die Ausfuhr, ist überdies noch ein Beweis für den zunehmenden Wohlstand Deutschlands. Denn wenn die Einfuhrwerte größer sind als die Ausfuhrwerte, mit andern Worten, wenn wir eine passive Handelsbilanz aufzuweisen haben, so ist das, was wir schon längst angeordnet, ein Beweis dafür, daß die fremden Länder andere Verbindlichkeiten gegen uns haben, z. B. Forderungszahlungen für deutsches Kapital, das im Ausland werbend angelegt ist und dergl. mehr. Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr ist also ein besonders günstiges Zeichen für das Wachstum unseres nationalen Wohlstandes, unserer wirtschaftlichen Kraftentfaltung, so schreibt Dr. Busch mit Recht in seinem Buche „Die Reichsfinanzen“ (Seite 50).

Verbandsnachrichten.
Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 6. Nov. fällig ist.

In der nächsten Nummer des Organs gelangen die Zahlstellen zur Veröffentlichung, die bis spätestens Montag den 8. November die Abrechnung für das 3. Quartal 1909 nicht einbringen.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 10342 auf den Namen Josef Sewald lautend. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Kollegen! Seid Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erklundert Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Hefte der im Organ veröffentlichten gesperrten Orte und Firmen bietet keinerlei Gewähr dafür, daß bei ungenannten Firmen keinerlei Mißstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Verhandlungsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Kampf ist ferngehatten

Schreiner und Maschinenarbeiter: Altenessen (Schmeß & Diepenbusch), Ragdeburg, Gaeßen, Crefeld (Gebr. Hompeß), Deide, Meran (Kroll)
Glaser: Erfurt.

Vertragsverhandlungen in der Holzindustrie.

Am 26. Oktober trat in Berlin eine Konferenz zusammen, an welcher Vertreter des Arbeitgeberverbands, für das Deutsche Holzgewerbe, des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter und des Christlich-Deutscher Gewerkschaftsverbandes teilnahmen. Gegenstand der Verhandlungen waren die im nächsten Frühjahr ablaufenden Verträge. Ein Resultat hat diese Zusammenkunft nicht ergeben, doch besteht die Vereinigung auf beiden Seiten, die Verhandlungen fortzusetzen.

Der Kampf in Süddeutschland ist erfolgreich beendet. Herr Augustus-Symbius Dr. Hiller vom Frankfurter Gewerkschaftsverband hat die Vermittlung übernommen und gelang es ihm nach mehreren Verhandlungen zwischen beiden Parteien eine Einigung herbeizuführen. Der Kampf, der in Heidelberg 10, in Mannheim und Ludwigshafen 8 und in Frankfurt a. M. 6 Wochen harrte, ist nunmehr beendet und können unsere Kollegen mit Verlaß und Ausweg desselben befriedigt sein. Die Absichten des Arbeitgeberverbandes wurden vereitelt und die Herren müssen ganz bedeutende Zugeständnisse, besonders in Frankfurt a. M., machen; ohne dies hätten sie weder einen Vertrag noch Schlichtungsstellen erhalten. Für heute wollen wir nur die wichtigsten Punkte des neuen Vertrages hervorheben.

In Mannheim und Ludwigshafen wird die Arbeitszeit am 1. Oktober 1911 um 1 Stunde pro Woche verkürzt und beträgt von da ab 53 Stunden. Der Mindestlohn für Schreiner und Maschinenarbeiter unter 20 Jahren beträgt 44 Pfg., ab 1. April 1910 45 Pfg. pro Stunde; für solche über 20 Jahre 49 Pfg., ab 1. April 1910 50 Pfg. Sämtliche Arbeiter erhalten sofort eine Zulage auf die bisher erhaltenen Löhne von 2 Pfg., ab 1. April 1910 nochmals 1 Pfg. pro Stunde. Diese Lohnerrhöhung findet auf die vorhandenen Akkordsätze sinngemäße Anwendung. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 Pfg. für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 25 Pfg. pro Stunde bezahlt.

Arbeiter, welche in der Regel in der Werkstätte beschäftigt sind und in Neu- oder Umbauten zu arbeiten haben, erhalten einen Zuschlag von 5 Pfg. pro Stunde.

Bei auswärtigen Arbeiten, bei welchen dem Arbeiter die Möglichkeit genommen zum Mittagessen nach Hause zu gehen, erhält derselbe 1 Mk. Zuschlag pro Tag; 1,50 Mk. pro Tag, wenn die Arbeits- und Reisezeit an diesem Tage mehr als 14 Stunden ausmachen. Hat der Arbeiter zu übernachten, so werden 2,50 bis 3 Mk. pro Tag Zulage bezahlt. Diese Zulage wird auch für Sonntags vergütet. Ein Zuschlag bis zu 20% auf die Zulage wird gewährt bei anerkannt teureren Plätzen, namentlich in Badeorten während der Saison; 1 Mk. pro Tag, wenn an einem Orte Kost und Logis gereicht wird. In Mannheim und Ludwigshafen sind die Bestimmungen des Vertrages im allgemeinen gleich, nur daß der Mindestlohn in Ludwigshafen jeweils um 2 Pfg. pro Stunde niedriger ist.

In Heidelberg wird die bisherige Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden verkürzt. Der Mindestlohn beträgt von jetzt ab 42 Pfg., ab 1. Juli 1910 44 Pfg. pro Stunde. Auf die bisher bezahlten Löhne erfolgt sofort ein Zuschlag von 1 Pfg., ab 1. Juli 1910 von 2 Pfg. pro Stunde. Da bis jetzt ein Mindestlohn überhaupt nicht festgesetzt war, bedeutet die Festsetzung eines solchen einen großen Erfolg. Die übrigen Bestimmungen des Vertrages sind wie diejenigen des Mannheimer Vertrages.

Die Arbeitgeber, die durch die schlechte Geschäftslage die Zeit für gekommen erachteten, den Holzarbeitern verschlechterte Arbeitsbedingungen aufzuzuktroieren, sehen sich nun sehr getäuscht. Besonders trifft dies bei den Schreinerhandwerkern im Frankfurter Holzgewerbe zu. Die von ihnen mit großem Pomp eingeleiteten Generalaussperrung der Frankfurter Holzarbeiter ist föhlig verlaufen und mußten sich die Herren zu folgenden Zugeständnissen bequemen:

Die Arbeitszeit wird am 1. Okt. 1910 von 53 auf 55 Stunden pro Woche verkürzt. Samstags wird nur 7 Stunden gearbeitet und ist um 4 Uhr Arbeitsschluß.

Sämtliche Löhne werden sofort um 2 Pfg., ab 1. Okt. 1910 um 1 Pfg. und am 1. April 1911 wieder um 1 Pfg. pro Stunde erhöht. Der ortsübliche Stundenlohn (Mindestlohn) beträgt für Arbeiter

	ab 1. Okt. 1910	ab 1. April 1911
über 24 Jahren	55 Pfg.	57 Pfg.
von 20—24 Jahren	52 Pfg.	54 Pfg.
und unter 20 Jahren	42 Pfg.	44 Pfg.

Die Bauanschlägerlöhne sind jeweils um 3 Pfg. pro Stunde höher. Für Ueberstunden erfolgt ein Zuschlag von 10 Pfg. für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 25 Pfg. pro Stunde. Bei Akkordarbeiten wird der ortsübliche Stundenlohn garantiert; wo letzter eine weitergehende Garantie gewährt wurde bleibt dieselbe bestehen. Ueberschreibungen von abgeschlossenen Akkorden auf neue Akkorde sind unstatthaft. Die Akkordsumme ist in den ersten drei Tagen für nicht tarifmäßige Arbeiten zu vereinbaren. Versäumnisse während der Arbeit, welche durch Verschulden des Arbeitgebers entstehen, werden im Lohn verrechnet, wenn diese Versäumnisse nicht durch Zwischenarbeiten vermieden werden können. Hilfeleistungen sind tunlichst zu vermeiden.

Dieser Akkordparagraf, der schon im alten Larze bestand war den Arbeitgebern in Frankfurt a. M. schon längst ein Dorn im Auge und sie wollten ihn schon lange abgeändert wissen — aber auch diesmal ohne Erfolg. Die übrigen Bestimmungen des Vertrages sind im allgemeinen denjenigen des Mannheimer Vertrages angelehnt.

In allen Verträgen ist auch die Bestimmung aufgenommen, dort, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden sind, als im Vertrage festgelegt, dürfen dieselben nicht verschlechtert werden.

Die Frage des Ablaufstermins ist ebenfalls nach dem Wunsch unserer Kollegen erledigt und laufen die Verträge bis 17. Februar 1912. Die Arbeitgeber wollten den 12. Februar 1911 als Ablaufstermin haben. Alles in allem können wir mit dem Ausgang des Kampfes, auf den wir später noch näher zurückkommen werden, vollauf zufrieden sein, haben doch unsere Kollegen in allen Orten vollauf ihren Mann gestellt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Höchst a. M. Am Montag, den 25. Okt., fand im Gefellenhaus eine öffentliche, von unserem Verbands einberufenen Holzarbeiterversammlung statt. Der Besuch hatte ein besseres Aussehen. Die Lage in Südwestdeutschland und am Orte ist besonders, hätte wenigstens die Verbandsmitglieder zum Versammlungszweck antreiben müssen, zudem die Versammlung durch Flugzettel genügend bekannt war. Als Referent war Arbeitersekretär Kollege Frede von Offenbach erschienen. Einleitend schickte er den Kampf im Holzgewerbe im Südwesten Deutschlands. Im Kampf sei auch die christliche Gewerkschaftsbewegung stark geworden, sowohl an Mitgliederzahl, wie finanziell. Tausenden von Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen haben die Organisationen der christl. Arbeiter mitgewirkt, so auch der Zentralverband christl. Holzarbeiter. Die christl. Gewerkschaftsbewegung habe sich im Wirtschaftsleben eine Position erungen, aus der trotz Hitze und Verleumdung unserer Gegner nicht mehr zu drängen ist. In klaren Zügen schilderte der Referent die prinzipielle Unterscheidung unserer gegnerischen Organisation, christliche Weltanschauung einerseits, materialistisch-sozial-emothralische andererseits. Der Kampf auf diesem Gebiet würde in der Zukunft eine große Rolle spielen. Deshalb müssen wir christlichen Arbeiter mehr und mehr aus in die Ideen unserer Bewegung vertiefen. Ziel sollen wir auch, daß das Christentum unserer Arbeit nicht hinderlich

ist, sondern eine Kraftquelle einer bedrückten Klasse emporen war und ist. Mit einem Appell an die Kollegen, Opferwilligkeit und Mut zu zeigen, schloß der Redner. Mit dringenden Worten bat der Vorsitzende alle Mitglieder, mit zäher Ausdauer an dem Ausbau der Zahlstelle zu helfen. — Auch in Reßheim i. L. fand eine Versammlung statt, die sehr gut besucht war und an der sich die höchsten Kollegen betreffs Versammlungsgeld ein Wort nehmen dürfen. An dem einzelnen Mitgliede lag es nun, die gehörten Worte in die Tat umzusetzen.

Oliva. Einen schönen Erfolg hat unser Verband hier zu verzeichnen. In dem Baugeschäft des Zimmermeisters Haupt sind Kollegen unseres Verbandes und ein Mitglied des deutschen Holzarbeiterverbandes als Baufachler beschäftigt bei einem Stundenlohn von 42, 44 und 45 Pfg. Der Arbeitgeber-Schutzverband des Baugewerbes in Danzig hat diesen Sommer mit den drei Holzarbeiter-Organisationen einen Vertrag abgeschlossen, wonach in allen Baugeschäften in Danzig den Tischlern ein Einheitslohn von 16 Pfg. pro Stunde gezahlt wird. Unsere Kollegen waren nun der Ansicht, daß dieser Vertrag auch für das oben genannte Baugeschäft bindend sei und beauftragten unsern Sekretär bei Herrn Haupt in dieser Sache vorstellig zu werden. Herr Haupt lehnte ab, den Einheitslohn zu zahlen, weil Oliva außerhalb des Vertragsgebietes liege und er auch nicht Mitglied des Arbeitgeber-Schutzverbandes sei. Trotzdem verlangten unsere Kollegen eine bessere Regelung der Löhne. Die Lage verschärfte sich durch das ablehnende Verhalten des Herrn Haupt und als am 9. v. M. letzter noch bekannt machte, daß die bisherige 10stündige Arbeitszeit wegen Betriebsverhältnisse auf 9 Stunden festgesetzt werde, stellten die Kollegen eine weitere Werkstattoberversammlung ab, in der beschlossen wurde, nochmals vorstellig zu werden. Nach einer kurzen Verhandlung wurde der Einheitslohn von 46 Pfg. bestätigt und eine weitere Prüfung der Löhne außerdem noch zugesagt. Diese Prüfung ist dahin erfolgt, daß am Sonnabend den 16. v. M. die 5 verheirateten Kollegen 47 und die beiden unverheirateten 46 Pfg. pro Stunde ausgezahlt bekamen. Sobald die elektrische Lichtanlage fertig ist, soll auch wieder 10 Stunden täglich bzw. 59 Stunden wöchentlich gearbeitet werden. Das ist ein schöner Erfolg, der dem guten Organisationsverhältnis zu danken ist. Das Verhalten unserer Kollegen steht im schönen Gegenlag zu dem Verhalten der Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes bei der Firma Schulz hier selbst, von dem wir in unserem Organ berichtet haben. Nun, lassen wir den Allerbekanntesten ihr Geheul über die Reichsfinanzreform und geben wir ihnen noch den Ferrer-Rummel dazu, mögen sie sehen wo sie damit hinkommen. Wir wollen wie bisher intensiv weiterarbeiten an der Besserung unserer wirtschaftlichen Lage zum Nutzen und Segen unserer Kollegen.

Münster i. W. In wenigen Wochen werden unsere Kollegen darüber zu entscheiden haben, ob sie für das kommende Jahr eine Änderung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeiführen wollen oder nicht. Eine Entscheidung, die um so wichtiger ist, als das nächste Jahr überhaupt im Zeichen einer großen Tarifbewegung steht. Daß die organisierte Arbeiterschaft diesen kommenden Ereignissen nicht unvorbereitet gegenüber stehen darf, wird auch den Kollegen in Münster einleuchten. Möge der Hinweis auf diese Seiten genügen, um unsere Kollegen an ihre Pflicht für den kommenden Winter zu erinnern — zahlreichen Besuch der Versammlungen und Stärkung der Organisation nach innen und außen, besonders durch eifrige Agitation unter den indifferenten Kollegen. Darum unterstützt die Lokalverwaltung in dem Bestreben, den Mitgliederbestand auf eine achtunggebende Höhe zu bringen, so daß wir auf alle Fälle gerüstet sind. Wir machen an dieser Stelle noch besonders auf unsere am 7. November stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung aufmerksam, in welcher Kollege Schick-Bogum anwesend sein wird und eine reichhaltige Tagesordnung der Erledigung harret. Darum regen Besuch der Versammlungen und eifrige Beteiligung am Verbandsleben. Es ist eure eigenen Interessen.

Frankenstein (Schl.) Unsere Zahlstelle hatte auf den 18. Okt. eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einberufen, zu welcher auch der größte Teil der hierorts beschäftigten Kollegen erschienen war. Nur einige ältere verheiratete Kollegen hielten es nicht für notwendig, eine Versammlung, in welcher Berufsinteressen beraten werden, zu besuchen. Sie möchten zwar ernten aber — nicht den. Der Referent Kollege Schopohl aus Danzig sprach über das Thema: Wirtschaftskrisen. Er führte den Kollegen vor Augen, daß nur durch eine starke Organisation für den Arbeiter die schädlichen Wirkungen der Wirtschaftskrisen abgeschwächt werden können. In dem Vortrag folgenden Diskussion war die Mehrzahl der Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, doch waren einige nicht zum Beitritt zum Verband zu bewegen. Vier Kollegen erklärten ihren Beitritt. Als dazu übergegangen wurde, die Kollegen einzeln zu befragen, was sie ihrem Beitritt abhielt, verstumten sie. Nur zwei äußerten sich veranlaßt, etwas zu äußern. Der eine braucht den Verband nicht, da er Beamter wird, der andere bemängelte die Einigkeit der Kollegen. Kollege Schopohl widerlegte treffend die Einwendungen. Der Vorsitzende ersuchte dann noch die anwesenden Mitglieder des Besellen-Ausschusses, sich doch zu organisieren und mit uns Hand in Hand zu arbeiten, da ein unorganisierter Ausschuß die Interessen der Kollegen niemals wirksam vertreten könne. — Kollegen, die heutige Wirtschaftslage verlangt denkende und strebsame Arbeiter. Legt darum alle persönlichen Vorurteile beiseite; organisiert euch und arbeitet mit an der wirtschaftlichen und geistigen Hebung unseres Standes.

Bogum. Ein harter Kampf spielte sich, ähnlich wie früher, bei der am 25., 26. und 27. Oktober erfolgten Wahl der Vertreter bzw. Ersatzvertreter zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse ab. Besonders interessant war die Agitationsweise der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Seit der Zeit, da die Generalversammlung der Ortskrankenkasse zum größten Teil aus Mitgliedern der dem christlich-sozialen Ausschuß für Gellen- und Arbeitervertreterwahlen angehörenden Verbände und Vereine besteht, hat die Ortskrankenkasse eine vorzügliche Entwicklung genommen, und bedeutende Verbesserungen sind für die Versicherten eingeführt worden. Nach der Richtung hin konnten also die „Genossen“ keine Agitationsmanöver unternehmen. Am 26. und 27. Oktober die verhassten Christlichen aus dem Felde schlagen zu können, wurde ein anderes Agitationsmittel von den „Genossen“ gesucht und zwar ein solches, das anscheinend bei den „Bewußten Sozialisten“ als Allheilmittel bei allen möglichen Gelegenheiten angewandt wird, nämlich die deutsche „Reichsfinanzreform“. Dieses „Allheilmittel“ wurde ins Feld geführt, um die „wangelischen Arbeiter zu kapern und dadurch die Geschlossenheit der auf Seite des christlich-sozialen Ausschusses stehenden Verbände zu sprengen. Mit den bekannten Schlagworten wie „Schnapspolitik“, „Zentrumsgerichte“ usw. war das sozialdemokratische Flugblatt gespickt. Kein Mittel ließen die sozialdemokratischen Führer unversucht, selbst vor Wahlschwindel schredete einer der „Genossen“ nicht zurück. Der Vorsitzende der Zahlstelle Bogum des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes trieb Redend

am zur Wahlurne und gab mit einer falschen Legitimationkarte in einer Gruppe, in der er überhaupt nicht wahlberechtigt war, seine Stimme ab. Derselbe Genosse war es auch, welcher in einer kurz vor dieser Wahl von unserem Verbande einberufenen öffentlichen Versammlung über Kreuzfrage, Heiligensbilder und religiöse Gebräuche höhnte; und dabei besitz er noch die Dreistigkeit, mit Heiligensbildern und Statuen zu handeln. Alle diese Wahltricks seitens der Genossen verdingen jedoch nicht. Der Ausgang der Wahl zeitigte einen ganz vorzüglichen Erfolg des christlich-sozialen Ausschusses. Gewählt wurde in verschiedenen Gruppen. Zu wählen waren 21 Vertreter und 64 Ersatzvertreter. Hier von erhielt der christlich-soziale Ausschuß 15 Vertreter und 44 Ersatzvertreter. Die Sozialdemokraten 6 Vertreter und 18 Ersatzvertreter. Eine Sondergruppe erhielt 2 Ersatzvertreter. Am schärfsten war der Kampf in den Gruppen des Baugewerbes und des Handelsgewerbes. In der ersten erhielt der christlich-soziale Ausschuß 438, die Sozialdemokraten 339 Stimmen. In der Gruppe Handelsgewerbe erhielt der christlich-soziale Ausschuß 153, die Sozialdemokraten 43 Stimmen. Dieses Resultat bereitete einem sozialdemokratischen Arbeitersekretär einen solchen Aerger, daß er im Wahllokale nach dem ersten Wahlgange der Kaufleute ausrief: „Seht diese urteillose Masse, diese Jammergestalten, diese verusfelten Gehirne an!“ („Verusfelte Gehirne“ nannte Kuer bekanntlich die Sozialdemokraten im Ruhrrevier. D. R.) Trotzdem dieselben Kaufleute von den „Genossen“ brieflich ersucht worden waren, die sozialdemokratische Liste zu wählen, mußten sie sich jetzt als urteillose Masse bezeichnen lassen. Hieraus mögen alle Mitglieder der Krankenkassen, welche nicht sozialdemokratisch wählen, ersehen, wie sie, selbst von gebildet sein wollen den „Obergewissen“, angebetet und verehrt werden. Darum muß die Parole aller Arbeiter, welche nicht Sozialdemokraten sind, lauten: In Zukunft bei jeder sozialen Wahl noch geschlossener und eifriger wie bisher für die Kandidaten der christlichen Wählerschaft eingetreten!

Dortmund. „Einer für alle, alle für einen!“ Diese schöne Devise der Berufsvereinigungen scheinen je ein „Genosse“ und ein Hirsch-Dunterianer bei der Firma Rose & Co. nur als theoretisches Problem zu kennen. Beide sind bei genannter Firma als Maschinenschreiber beschäftigt. Der „Freie“ betreibt in der Organisation das Amt eines Verifikationsassistenten, der „Hirsch“ das eines Vertrauensmannes; als dritter Maschinenschreiber kommt ein ebenfalls im soziald. Holzarbeiterverbande organisierter Kollege in Betracht. In der vorigen Woche machte die Firma durch Anschlag bekannt, daß sie infolge des flauen Geschäftsganges, und, um weitere Arbeiterentlassungen zu verhindern, gezwungen sei, die Arbeitszeit für Bankschreiber auf 8 und für Maschinenschreiber auf 7 Std. zu reduzieren. (Es verdienen die Maschinenschreiber in 7 Std. eben so viel, wie die Bankschreiber in 8 Stunden.) Kaum war der Anschlag bekannt, da waren auch schon die beiden Verbandsfunktionäre auf dem Kontor und forderten ebensolange Arbeitszeit wie die Bankschreiber. Ihr Kollege, der dritte Maschinenschreiber, der als Vertrauensmann des soziald. Verbandes in Frage kam, wurde, als es die Interessen seiner Kollegen zu vertreten galt, einfach ignoriert. Am 22. Oktober, als die verkürzte Arbeitszeit in Kraft trat, hielten die Maschinenschreiber die Arbeitszeit gleich den Bankschreibern inne. Hierauf kam der Geschäftsführer und erklärte den Beiden, die vorstellig geworden waren, falls sie ihre Forderung aufrecht hielten, der dritte Maschinenschreiber entlassen werden müsse, da die Arbeit nicht ausreiche. Trotzdem hielten die Beiden an ihrer Forderung fest. Zudem hatte der Geschäftsführer noch bemerkt, die verkürzte Arbeitszeit sei nur von kurzer Dauer; höchstens 10—14 Tage. Am 23. Okt. wurde nun der dritte Maschinenschreiber, Vater von 6 unruhigen Kindern, entlassen. Hierauf von den übrigen Kollegen zur Rede gestellt, erklärten die Beiden, sie jänden nichts unfollegiales an ihrer Handlungsweise, Brot wäsche für jeden überall. Und das sind dieselben Helden, die sich voll Weisheit tiefend, so tüchtig entrüsten, über die Behandlung der spanischen Anarchisten und Mordbrenner; aber ein Herz für ihren Kollegen —

Tapezierer und Sattler.

Coln. Winterausichten. — Der Winter und die ihn begleitenden üblen Erscheinungen stehen vor der Tür. Mancher Kollege wird sich jetzt schon die Frage vorlegen: Wie wird der Winter werden? Werde ich immer Arbeit haben, oder wird es wieder so schlecht, daß der größte Teil der Kollegen zum Feiern genötigt ist? Auf einen guten Geschäftsgang werden wir kaum zu hoffen haben; denn schon die Monate September und Oktober, von denen man immer gewohnt war, daß sie einen sehr flotten Geschäftsgang, die sogenannten Herbstmonate mitbringen, und auf welche man auch dieses Jahr seine Hoffnungen gesetzt hatte, enttäuschten vollständig, sie waren um nichts besser als wie die schlechten Monate Juli und August. Daß der Geschäftsgang sich vor Frühjahr anhaltend bessern wird, ist nicht anzunehmen. Wohl wird in nächster Zeit die Weihnachtsarbeit ihren Anfang nehmen und einen kurzen, flotten Geschäftsgang herbeiführen, so daß die meisten Kollegen wohl wieder in Arbeit treten können. Aber nach Weihnachten haben wir eine sehr stille Zeit zu erwarten und die Monate Januar und Februar werden um nicht viel besser werden wie im vorigen Jahre. Die Krise übt immer noch ihren Druck aus und ist wohl kaum schon als überwunden zu betrachten. Welche Mittel stehen jetzt dem organisierten Kollegen zur Verfügung um die Arbeitslosigkeit zu mindern und die empfindliche Härte derselben abzumildern? Als erstes Mittel haben wir die Arbeitslosenunterstützung. Wenn dieselbe auch nicht so hoch ist, um ganz davon leben zu können, so ist aber doch eine Unterstützung von 6—12 Mk. pro Woche (ohne Zuschuß der Lokalkasse) eine ganz beachtenswerte Summe in der Haushaltungskasse. Ein zweites sehr wichtiges Mittel ist der Verbands-Arbeitsnachweis. Diesem muß jetzt jeder Kollege die größte Aufmerksamkeit widmen. Ein jeder muß Sorge tragen, daß freie Stellen sofort gemeldet werden, damit unsere Kollegen eintreten können. Ebenso muß man die Arbeitgeber auf unser Arbeitsnachweis aufmerksam. Außer diesen beiden gibt es noch eine Reihe Mittel, durch die unsere Kollegen den Folgen der Arbeitslosigkeit in etwa vorbeugen können. So können z. B. in Betrieben, wo hauptsächlich organisierte Kollegen in Frage kommen, die Kollegen sich darüber einigen, daß in der schlechten Zeit die Arbeitszeit um einige Stunden gekürzt wird, damit keine Kollegen entlassen werden. Auch an dem weiteren Ausbau der Organisation muß gearbeitet werden, damit keinem Arbeitgeber entfallen kann, bei dem schlechten Geschäftsgang die Arbeitsverhältnisse noch verschlechtert zu werden. Es ist ja schwer bei schlechter Konjunktur zu agitieren und neue Mitglieder zu werben. Mit großen Agitationsveranstaltungen wird jetzt für unsern Beruf an den wenigsten Orten etwas herauskommen. Dafür muß in der Kleinagitation um so tüchtiger gewirkt werden. Auf den Werkstätten und in den Wohnungen müssen jetzt die indifferenten Kollegen aufgepäht und zu dem Verbande zugeführt werden. Wenn jeder Gewerkschaftler von dem

Willen erfüllt ist, dafür mitzusorgen, daß auch in der schlechtesten Zeit die Mitgliederzahl der Zahlstelle nicht nur gehalten, sondern noch vergrößert wird, kann auch auf Erfolg gerechnet werden und wird uns dann selbst der schlechteste Winter nicht viel anhaben können.

Sterbetafel.

Michael Zinkl, Fabrikarbeiter, gestorben zu Lauf.
Josef Müller, Fabrikarbeiter, gest. zu Neustadt O-Schl.
Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

„Christliches Elend“. Unter dieser Epithete bringt der „Vorwärts“ (No. 247) und nach ihm die übrige sozialdemokratische Presse ein in der Sache dem „Grundstein“ entnommenen Bericht über angebliche Mitgliederverluste des christlichen Bauarbeiter-Verbandes. Da die Sozialdemokratie in Verfolg der Reichsfinanzreform und um die größere Werbefähigkeit der sozialdemokratischen Verbände zu beweisen, eifrig darauf bedacht ist, den christlichen Gewerkschaften abtrünnig werdende Mitglieder zu suchen, lohnt es sich die Mitteilung des „Vorwärts“ und pp. auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Es heißt dort: Der christl. Bauarbeiter-Verband hatte am 1. Juli 1908 37 701 Mitglieder, am 1. Januar 1909 36 074 und am 1. Juli 1909 34 851; folglich ein Mitgliederverlust von 2850 oder 7,5 Prozent. „Weit bedeutender“ wird dann wirklich gesagt: „ist jedoch die Bewegung der Mitgliederzahl seit dem 1. Januar d. J.; da sehen wir bei den christlichen einen weiteren Rückgang von 1221 oder 3,4 Prozent; während die Verbände der freien Gewerkschaften in der gleichen Zeit einen kräftigen Aufschwung genommen haben. Der Maurerverband allein hat im zweiten Vierteljahr 1909 über 14 000 neue Mitglieder gewonnen“. — Zu diesem Resultat kommt der „Vorwärts“ durch ein willkürliches Verschieben und Verschweigen von Zahlen; eine bequeme Art, dem Segner Verluste und der eignen Sache Gewinn zuzuschlagen. Wie steht die Sache in Wirklichkeit? Die Mitgliederentwicklung der beiden genannten Verbände vollzog sich seit Juli 1907 folgendermaßen;

	christlich:	sozialdemokratisch:
1. Juli 1907	42 110	201 848
1. Januar 1908	36 280 — 13,8 Proz.	180 272 — 10,6 Proz.
1. Juli 1908	37 701 + 3,9 "	180 581 + 0,1 "
1. Oktober 1908	36 074 — 4,3 "	175 875 — 2,6 "
1. Januar 1909	31 153 — 13,6 "	163 342 — 7,0 "
1. Juli 1909	34 851 + 11,8 "	174 000 + 6,5 "

Das ist die tatsächliche Mitgliederzahl beider Verbände. Zu berücksichtigen ist, daß der christliche Bauarbeiterverband am 1. Januar d. J. 947 Mitglieder infolge der Verschmelzung der Steinarbeiter mit den Keramarbeitern an den christlichen Keramarbeiterverband abgetreten habe. Wie konstruiert nun der „Vorwärts“ den Mitgliederverlust des christlichen Verbandes vom 1. Januar bis 1. Juli d. J.? Dadurch, daß er die Mitgliederzahl vom dritten Quartal auf das vierte verschiebt. Würde er in gleicher Weise bei dem roten Maurerverband verfahren, so hätte auch dieser anstatt Gewinn, Verlust; und tatsächlich hat auch dieser im 1. Quartal d. J. noch Verlust gehabt, denn wenn er wirklich 14 000 Mitglieder im zweiten Quartal gewonnen hat, dann muß er bei 174 000 Mitgliedern am 1. Juli d. J. auf 160 000 am 1. April gesunken sein, mithin 41 000 Mitglieder weniger wie Juli 1907. Ist der Zweck des Manövers vielleicht der, um über diese Tatsache hinweg zu täuschen? Es ist aber auch noch zu beachten, daß der christliche Bauarbeiter-Verband ungelernete Arbeiter in seinem Reigen hat, der rote Maurerverband dagegen nur gelernte. Die Erfahrung lehrt nun, daß die ungelerneten Arbeiter viel leichter der Organisation verloren gehen wie die gelernten. Tatsächlich entfällt beim christlichen Bauarbeiterverband der Verlust gegen 1907 fast nur auf diese. Das wird auch deutlich durch die kolossalen Verluste des sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes bestätigt, der von 71 268 durchschnittlicher Mitgliederzahl in 1907 auf 55 526 in 1908 herabsank. Der christliche Verband kann mithin den Vergleich mit den sozialdemokratischen Verbänden durchaus bestehen. Der Zweck der Uebung, der nur durch ein Fälscherkunststück erreicht werden konnte, wird vom „Vorwärts“ mit folgenden Worten begleitet:

„Das (der angebliche Mitgliederverlust der christlichen Verbandes) ist eine äußerst wichtige und erfreuliche Erscheinung. Sie ist nur so zu deuten: Was für die christlichen Gewerkschaften zu holen war, das haben sie dahin. Die Arbeiter, die für die freien Gewerkschaften noch nicht reif waren, haben die christlichen organisiert; damit sind ihre Reserven erschöpft. Die nächste Konjunkturwelle mag sie noch einmal etwas mit emporheben, ihre Austriebskraft darf aber wohl als erschöpft gelten. Diese Erkenntnis mag für die Christlichen peinlich sein, aber ihr Geschnupse wird daran nichts ändern.“

Das nennt man Hereinfallen, denn während der christliche Bauarbeiterverband 11,8 Prozent, und als Ersatz für die 947 an den christlichen Keramarbeiter-Verband abgegebenen Mitglieder sogar 14,9 Mitgliedererwerbungen buchen konnte, hat der sozialdemokratische Maurerverband dem nur 6,5 Proz. gegenüberzustellen. Ob das für die sozialdemokratische Presse auch „eine äußerst wichtige und erfreuliche Erscheinung“ ist? So fängt sich die Sozialdemokratie in ihrem eigenen Netz! Wir kondolieren!

Bankrott! Der soziald. Presse ist es in letzter Zeit zur Manie geworden, die christlichen Gewerkschaften so hinzustellen, als ob diese völlig „auf den Hund“ gekommen seien. Fast keine Nummer wird herausgegeben, ohne daß nicht der „bankrotten“ Christlichen gedacht wird. Besonders stark wüteten die Genossen bisher gegen die christlichen Verbände der Tabakarbeiter, Textilarbeiter und Bauarbeiter. Welche Verbände demnächst kräftig vorgenommen werden, bleibt abzuwarten. In der ganzen Sache liegt zweifelsohne ein gewisses. Sollten die christlichen Gewerkschaften in gleicher Weise vor

fahren, so würde mit Leichtigkeit festgestellt werden können, daß eine Anzahl der soziald. Verbände sehr arg „im Dalles“ liegen. Es braucht nur an die kleineren Verbände in der Holzindustrie erinnert zu werden, die sich durchweg in keiner beneidenswerten Lage befinden. Böttcher, Glaser, Tapezierer und Bildhauer haben sich deshalb auch schon mit der Frage befaßt, ob es nicht richtiger sei Anschluß an den Holzarbeiterverband zu suchen. Nicht wenigemal ist von Mitgliedern dieser Verbände erklärt worden, daß ihre Organisationen gar nicht mehr in der Lage seien, die Interessen der Berufskollegen in der gewünschten Weise zu vertreten. Wenn's gewünscht wird, kann mit Material gebiet werden. Nur ein Fall sei hier von vielen angeführt: In Fürth haben die Bildhauer bei der Firma Scheidig eine erfolgreiche Lohnbewegung hinter sich. Wie jedoch der Erfolg zustande kam, darüber lesen wir in der neuesten Nr. 44 der „Bildhauer-Zeitung“ eine Korrespondenz die u. a. folgendes besagt:

„Das was für uns erzielt worden ist, war nur durch die moralische Unterstützung der Holzarbeiter möglich. Es hieß sich mit fremden Federn schmücken, wollten wir sagen, unsere Organisation habe uns diesen Erfolg verschafft. Nein, nur auf die „Masse“, die Holzarbeiter ist es zurückzuführen, und unsere Organisation hätte nur die materiellen Kosten tragen dürfen. Denn es steht nach wie vor fest, daß wir hier am Orte selbständig in eine Bewegung nicht mehr eintreten können, dazu haben wir allzuviel Erfahrung. Es ist das eine bittere Pille für uns zu wissen, daß wir selbständig für unsere Kollegen nichts mehr ertingen können und doch dazu verdammt sind, in einer selbständigen Organisation unser Heil zu suchen. — Wann wird unsere Kollegenschaft den weiteren Schluß daraus ziehen, daß unser ganzes Gewerkschaftsleben auch ein anderes werden muß?“

Gegenüber den lauten Praxereien der „freien“ Gewerkschaften über ihre Stärke und Bedeutung, muß eine solche Sprache befremdend wirken. Sie hat aber das voraus, daß sie ungehört bleibt, was ist. Es kann auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß verschiedene „freie“ Gewerkschaften nur deshalb auf eine Verschmelzung mit anderen Verbänden drängen, weil sie derart bankrott sind, daß sie die gestellten Aufgaben nicht erfüllen können.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter soll in der diesjährigen Periode den in Betracht kommenden Behörden und Parlamenten in einer umfangreichen Denkschrift, die reichhaltig statistisches Material enthält, dargelegt werden, um die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnhöhung für diese Arbeiterkategorien zu begründen. Um die Vorarbeiten dazu tätigen zu können, hat der Zentralverband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter laufende von statistischen Fragebogen ausgegeben. Dieselben sind nicht nur an Eisenbahnerstellen, sondern auch an Stellen der anderen Berufe, wie auch an die konfessionellen Arbeitervereine verandt worden. Der Eisenbahnerverband richtet nun an die in Betracht kommenden Funktionäre die dringende Bitte, ihm bei dieser wichtigen Aktion tatkräftig an die Hand gehen zu wollen.

Die drücklichen Gewerkschaften Österreichs zählten am Schlusse des Jahres 1908 83 627 Mitglieder, gegen 61 707 im Vorjahre. Der Nationalitätenrat hat bislang eine einheitliche Zusammenfassung nicht möglich gemacht und existieren so verschiedene Zentralstellen. In 16 deutschen Zentral- und 23 Sozialorganisationen waren vereinigt 47 056 Mitglieder, im tschechischen Gewerkschaftsverein (Sitz Königgrätz) 8000; im tschechischen Gewerkschaftsverein (Sitz Brünn) 17 225; im polnischen Gewerkschaftsverein 5000 und in 12 slowenischen Sozialorganisationen 2846 Mitglieder. Am stärksten ist die Organisation der Textilarbeiter mit insgesamt 15 697 Mitglieder. Holzarbeiter befinden sich in der deutschen Zentralorganisation 1137, im tschechischen Gewerkschaftsverein (Sitz Brünn) 1595; in slowenischen Organisationen 121. Von den übrigen Gewerkschaftszentralen fehlen die Angaben. — Die Einnahmen aller Verbände betragen 525 142 Kronen, die Ausgaben 371 463 Kronen. Die Verbände der Hauptkassen belaufen sich auf 156 679 Kronen. An Organen bestehen 11 deutsche, ein polnisches und ein slowenisches Blatt mit einer Auflage von insgesamt 88 000 Exemplaren.

Soziale Rundschau.

Wer will eine Krankenkasse kaufen? So viel schon über unglückliche Krankenkassen geschrieben worden ist und so oft schon vor ihnen gewarnt wurde, es zeigen sich doch immer wieder Erscheinungen auf diesem Gebiet, die zeigen, daß hier die Gesetzgebung Änderungen treffen muß. Das neueste

ist, daß im Annoncenteil einer großen süddeutschen Tageszeitung unter einer Chiffre eine Krankenkasse zu verkaufen gesucht wird und zwar für den Preis von 60 000 Mk. Nach den gemachten Angaben soll die Krankenkasse jährlich einen Zuwachs von 18 000 Mitgliedern haben und dem Direktor ein Reineinkommen von 12 000 bis 15 000 Mark. Näherem Deutlicher kann es gar nicht gesagt werden, daß viele der privaten Krankenkassen nur eine Einrichtung für schlaue Spekulanten sind.

Soziale Fortschritte in der Strafgesetzgebung. Der vor kurzem veröffentlichte Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch, der von einer besonderen Kommission von Sachverständigen ausgearbeitet worden ist, läßt zwar vielfach grundsätzliche Änderungen vermissen, es sind aber doch manche Vorschläge gemacht worden, die als wesentliche Verbesserungen angesehen werden können. Der Entwurf, so wie er jetzt festgestellt ist, soll noch nicht als fertiger Gesetzesvorschlag angesehen werden, sondern er wird nur veröffentlicht, damit die Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen kann. Allen den Personen, die direkt oder indirekt an der Strafgesetzgebung und an der Strafrechtspflege beteiligt sind, die Gelegenheit haben, Lücken, Unvollkommenheiten und Rückständigkeit in unserer Strafgesetzgebung und in der Rechtsprechung kennen zu lernen, wird damit auch die Aufgabe zugewiesen, ihre Erfahrungen bekanntzugeben und an dem Entwurf Kritik zu üben. Namentlich Personen, die im praktischen Leben stehen, wie Arbeitersekretäre, Rechtsanwälte, Richter, Jugendberichter, Gefängnisbeamte usw. sollten bei der geplanten Neuordnung des Strafgesetzbuches nicht mit Vorschlägen zurückhalten.

Der Fortschritt in dem neuen Entwurf liegt hauptsächlich darin, daß einige sozialpolitische Forderungen eingeführt werden sollen, die schon seit langer Zeit erhoben werden. Als wichtigste Neuerung kann gelten, daß der Grundsatz der Rehabilitation eingeführt werden soll, das heißt, vorbestrafte Personen können durch Gerichtsbeschluss wieder für unbescholten erklärt werden. Dies soll geschehen, wenn sich die vorbestraften Personen eine gewisse Zeit einwandfrei geführt haben. Die Durchführung dieses Grundsatzes wäre von höchster Bedeutung, denn dadurch würden viele Personen wieder einem geregelten Leben zugeführt, die unter den jetzigen Verhältnissen für die bürgerliche Gesellschaft als verloren gelten können. Sehr wichtig ist auch der Vorschlag, wonach die Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre hinaufgesetzt werden soll. Könnte schon die Einführung der Jugendgerichtshöfe als eine Besserstellung der Kinder vor dem Richter gelten, so würde durch die Hinaufsetzung der Strafmündigkeit von neuem ein wesentlicher Fortschritt erreicht. Nach einer derartigen Erhöhung der Strafmündigkeit würden die Schul Kinder zum größten Teil aus den Gefängnissen verschwinden. Weiter soll die bedingte Verurteilung eingeführt werden, mit der in anderen Ländern schon gute Erfahrungen gemacht worden sind. Die Strafe wird nicht vollstreckt, wenn der Verurteilte eine zeitlang keine zweite Straftat begeht. Weiter soll dem Richter in besonderen Fällen erlaubt sein, auf eine besonders niedrige Strafe oder auf Freisprechung zu erkennen. Bei dieser Bestimmung gehen die Gesetzgeber von der Ansicht aus, daß es häufig Fälle gibt, wo die Begehung einer Straftat beinahe ehrenvoller ist als die Nichtbegehung oder wo doch zu mindestens außergewöhnliche Milderungsgründe vorliegen. Ferner wird in dem Entwurf der Grundsatz einer gemilderten Rechnungsfähigkeit anerkannt, Personen, die zwar nicht als geisteskrank angesehen werden können, deren Intellekt aber weniger entwickelt ist, können danach ebenfalls mit geringeren Strafen belegt werden. Durch die Krüppelung und durch neue Vorschläge mag noch manches an dem Entwurf verbessert werden, auch schon wie er jetzt vorliegt, ist er ein wesentlicher Fortschritt.

Aus dem gewerblichen Leben.

Oberste Holzindustrie, Akt.-Ges. in Soffentia (Westpr.). Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1908/09 nach 34 908 Mk. Abschreibungen einschließlich 8232 Mk. Vortrag einen Reingewinn von 72 979 Mk., wovon 3000 Mk. der Rücklage überwiesen, 5000 Mk. als Gewinnanteile gezahlt, 5% Dividende gezahlt und 14 979 Mk. vorgetragen werden. Das vorige Geschäftsjahr hatte wegen Verlegung nur ein halbes Jahr gedauert; es hatte ohne Abschreibungen einschließlich 32 784 Mk. Vortrag 55 632 Mk. Reingewinn ergeben. Hieraus wurden 2400 Mk. der Rücklage überwiesen und 53 232 Mk. vorgetragen. Von diesem Vortrag sind im letzten Geschäftsjahr 45 000 Mk. auf Brandschadentdeckung übertragen worden, so daß der obige Vortrag von 8232 Mk. verblieb.

Kleine Notizen. Die Möbelfabrik Ferdinand Wolf & Sohn in Schramberg wurde durch Großfeuer zerstört. — Die Mechanische Käseerei vorm. Fröhlich & Co. Akt.-Ges. in Schiltgheim, erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Gewinn von 354 459 Mk., der zur Ausschüttung einer Dividende von 7% dienen soll. — Ebenfalls 7% (i. B. 10%) Dividende verteilt bei einem Gesamtgewinn von 90 640 Mk. (144 184 Mk. im Vorjahre) die Schleifische Holzindustrie Akt.-Ges. vorm. Rucheweyh & Schmitt in Langenlöß. — Der Rohgewinn der Bleistiftfabrik vorm. Joh. Faber Akt.-Ges. in Nürnberg, betrug für das Geschäftsjahr 1907/08 861 719 Mk. Nach den üblichen Abschreibungen verbleibt noch eine Summe von 480 000 Mk., die als Dividende in Höhe von 15% verteilt werden. Das Unternehmen soll nach wie vor gut beschäftigt sein. — Die Waggonfabrik A. G. in Uerdingen ist gleich anderen Unternehmungen nicht in der Lage die gleiche Dividende wie in den Vorjahren, für das letzte Geschäftsjahr auszuschütten. 14% im Jahre 1906/07 und 12% im Jahre 1907/08 dürften für das letzte Jahr mit 9-10% gegenüberstehen. — Die Vereinigten Papielfabriken in Nürnberg schlagen der Generalversammlung der Aktionäre dieselbe Dividende wie im Vorjahre, 15%, vor. Der Rohgewinn ergab einen Betrag von 923 835 Mk. (1 014 295 Mk. i. B.). Nach den üblichen Abschreibungen verbleiben 562 000 Mk. als Dividende und 84 458 Mk. zum Vortrag auf neue Rechnung. Mit letzterer Summe erreicht die Reserve die Höhe von 1 282 000 Mk., d. i. 34,2% des Aktienkapitals. — Die Lipppringer Holzwarenfabrik A. G. will eine Generalversammlung über Vernichtung von 10 000 Mark Aktien, sowie über Aktien-Zusammenlegung und Ausgabe von Vorzugs-Aktien beschließen lassen. Das Unternehmen arbeitete mit der Paderborner Bank. — Die Anhaltinische Holzindustrie Akt.-Ges. schlägt der Generalversammlung eine Zusammenlegung des Kapitals von 200 000 Mk. auf 60 000 Mk. vor. Im Juni 1908 hatte ein Verlust von 13 188 Mk. bestanden bei 200 000 Mk. Kapitale und 200 000 Mk. Akzeptverpflichtungen und 242 000 Mk. Obligationsschuld. In der Verwaltung sind die Magdeburger Privatbank und der Magdeburger Bankverein vertreten.

Literarisches.

Gewerkschaftsliteratur. Es ist eine ganz naturgemäße Erscheinung, wenn erst mit den Jahren in unserer Bewegung ein beachtenswerte Gewerkschaftsliteratur aufkam. Heute sind wir soweit, daß wir uns wenigstens damit sehen lassen können. Neben den „Schriften des Gesamtverbandes“ sind es die Berichte und Protokolle der einzelnen Verbände, die eine stetige Vermehrung erfahren. So sind im laufenden Jahre u. a. erschienen der Geschäftsbericht des Vorstandes des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter für die Jahre 1907 und 1908; der Jahres- und Rechenschaftsbericht des Guttenbergbundes für das Jahr 1908; Jahresbericht 1908 des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen; Protokoll über die Verhandlungen der IV. Generalversammlung des Zentralverbandes der Hilfs- und Transportarbeiter Deutschlands (Preis 25 Pf.); Protokoll über die Verhandlungen der 5. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands; Protokoll des Heidelberger Verbandstages des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter, nebst Geschichte und Entwicklung des Verbandes und Geschäftsbericht des Vorstandes für die Jahre 1907 und 1908; Kurzer Rückblick zum zehnjährigen Bestehen und Geschäftsbericht für die Jahre 1907 und 1908 des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauarbeiter; Protokoll der Verhandlungen des 2. Verbandstages des Verbandes christlicher Textilarbeiter Österreichs (Preis 80 Heller). — Die angeführten Schriften die dem Interessenten ein reichhaltiges Material über die Beschaffung und die Tätigkeit christlicher Gewerkschaften bieten, sind von den Zentralstellen der angeführten Verbände oder durch die Buchhandlung des Generalsekretariats des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Köln, Palmstr. 14, zu beziehen.

Briefkasten.

Mehrere Berichte mußten für die nächste Nummer zurückbleiben. Bei Zeitungsberichten beschreibt stets nur ein Seite des Papiers. Der Kollege Karl Rühig, übergetreten in Duisburg 1908 wird gebeten, seine Adresse der Geschäftsstelle mitzuteilen. Wenn jemand die Adresse des Kollegen angeben kann, bitten wir um Mitteilung.

Adressenveränderungen.

Dülmen. R. Josef Saerbusch, Duerbergstr. 21. 12-1 und 6 1/2 bis 8 Uhr.

Zweitauflage
Exemplare des Jahrbuches der christlichen Gewerkschaften wurden im vorigen Jahre allein dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter zugesandt. Ein Beweis, welchen Ansehen das Jahrbuch gefunden hat. Das

Jahrbuch für 1910

ist jedoch erschienen und können Bestellungen bei der Geschäftsstelle des Verbandes gemacht werden.

Schreiner-
Werkzeuge: Feinholz, kleine Rückenlöcher, amerikan. Schraubenzieher, sowie viele andere Werkzeuge. Katalog gratis und franko.
HE. REICH BUSCH, Werkzeug-Fabrikant, Hagen i. W.

B. Kollmer's
Fachschule für Tischler u. l. gewerbliche Zeichner
zu Schmied, Exerzierstr. Ecke Grabenkasse.
Preis- und Lehrplanmäßiger Kursus mit Tages- und Abend-Unterricht.
In drei Monaten: Ausbildung zum Tischlermeister und Vorbereitung für die Meisterprüfung.
In sechs Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mark pro Monat.
Kostenfreie Abkürzungen.
Gesamt kann jederzeit erfolgen. Nach Auskunft durch die Direktion: **B. Kollmer.**
Kursus gratis angeben.

Eingelegte Fourniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Kupferbögen gegen 20 Pf. in Briefmarken.
Zehnjährige Ankerkennungszeichen.
Carlsh. Völler, Marquardt, Heidelberg.
Spezialgeschäft.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
Nürnberg.
Erstklassige Lehranstalt.
Krausenweg 14. Dir. G. Kaibaum

Tischler-Fachschule
Blankenburg a. Harz
gehörige Ausbildung als Werkmeister, Betriebsleiter und Zeichner. Programm frei.
Direktor Reineking.
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Stillehre für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden Mk. 5. Zu beziehen von Direktor Reineking, Blankenburg am Harz.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hö- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten.
:: Programme frei ::
Direktor Brecht.

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule
Eöthen in Anhalt.
Erste höh. Lehranstalt der Branche in Reputationsstunden (Meisterprüfung) und Selbststudien.
Programme frei durch die Direktion.